

Arbeitsgemeinschaft Alter  
SP Kanton Zürich

# Informationen zur Alters- und Sozialpolitik

Juni 1999      Nr. 4

SP Kanton Zürich  
Hallwylstr. 29  
Postfach  
8039 Zürich

## Die bewegten Alten kommen !

### Der Wahlkampf für die SP-Seniorinnen- und Seniorenliste ist eröffnet !

Mit grossem Mehr hat der Parteitag der SP des Kantons Zürich am 11. Mai dem Antrag der Arbeitsgemeinschaft Alter für eine SP-Seniorinnen- und Seniorenliste zugestimmt. Diese ist mit der Hauptliste verbunden, so dass keine Stimmen verlo-

ren gehen, sondern im Gegenteil neue dazugewonnen werden. Ueber die definitive Zusammensetzung der Liste entscheidet der Parteivorstand am 22. Juni; vorher wird sie am 19. Juni an der Generalversammlung der AG Alter vorgestellt.

Die SP ist die Partei, welche entscheidenden Anteil an der Schaffung der grossen schweizerischen Sozialwerke, insbesondere der AHV/IV, hat. Unter Bundesrat Hanspeter Tschudi, der vielen immer noch in bester Erinnerung ist, wurden die Sozialwerke in den Jahren guter Konjunktur zügig ausgebaut. Heute ist Bundesrätin Ruth Dreifuss nicht nur bestrebt, in schlechteren Zeiten die Werke der sozialen Sicherheit zu erhalten, sondern noch bestehende Lücken wie jene der Mutterschaftsversicherung zu schliessen.

Obwohl die SP nach wie vor die Vorkämpferin für soziale Sicherheit ist, hat sie viel von ihrem Einfluss in der älteren Generation verloren. Viele ältere Wählerinnen und Wähler, verunsichert über die Zukunft, sind den billigen Versprechungen der Rechtspopulisten erlegen. Wir müssen uns dieser Herausforderung stellen und wieder deutlich machen, dass die Interessen der Rentnergeneration bei der SP am besten aufgehoben sind.

### **Das „Wir-Gefühl“ wieder stärken**

Diese Auseinandersetzung muss in den eigenen Reihen beginnen. Die raschen gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 25 bis 30 Jahre, in der Umbruchzeit nach 1968, haben viele ältere SP-Mitglieder und Sympathisanten verunsichert. Sie gilt es wieder darin zu bestärken, dass das Herz immer noch links schlägt, dass die Werte der Solidarität in Krisenzeiten wieder nötiger denn je sind - kurz: dass es mehr denn je eine starke Linke und eine starke SP-Fraktion im Parlament braucht ! Das ist das erste Ziel unseres Wahlkampfes.

### **Gegen den Rechtspopulismus**

Das zweite Ziel ist die offene Konfrontation mit dem Rechtspopulismus, der Ängste und Unsicherheiten der älteren Wählerinnen und Wähler ausnützt. Die SVP verspricht den Rentnerinnen und Rentnern nur auf dem Papier Hilfe , be-

treibt aber in der Praxis das Gegenteil. So hat sie im Kantonsrat das neue Steuergesetz durchgeboxt, im Interesse der Hauseigentümer und Unternehmer, und hinterher den Eindruck erweckt, als ob sie die unsozialen Folgen des Gesetzes beheben wolle. Wer die Taten der Populisten, finanziert von Milliardären wie Blocher, verfolgt, stellt rasch fest, dass sie eine knallharte Politik der Steuerverweigerung und der Verarmung des Sozialstaates betreiben, eine Politik, die neue Ungleichheit und Ungerechtigkeit schafft.

### **Ein lustvoller Wahlkampf !**

Viele ältere SP-Mitglieder haben eine lange Periode aktiver politischer Tätigkeit hinter sich. Auf dieser reichen Erfahrung wollen wir aufbauen. SP-Seniorinnen und Senioren wissen, wie man einen Wahlkampf führt, wie man mit anderen Menschen diskutiert und sie überzeugt.

Die SP-Seniorinnen- und Seniorenliste wird kein Papiertiger sein, sondern Ausdruck der „bewegten Alten“, die überall im Kommen sind, natürlich auch und zuvorderst auf der Linken !

Unser Wahlkampf wird nicht primär auf den Inseratenseiten stattfinden, sondern an öffentlichen Veranstaltungen und Standaktionen, an „Altersnachmittagen“, aber auch im Dialog mit den Kandidatinnen und Kandidaten der Hauptliste der SP und jener der Juso. Wir werden einen bewegten, aktiven und offensiven Wahlkampf führen, der jenen, die ihn führen, auch Spass machen soll. So hoffen wir, nicht nur unsere traditionellen Wählerschichten anzusprechen, sondern auch einige der Verzagten aus der Partei der Nichtwähler zu erreichen.

Alles in allem: die Seniorinnen- und Seniorenliste wird nicht zu einer Zersplitterung der Kräfte führen, sondern zu einem breiteren Dialog mit der Bevölkerung und zu einer Stärkung unserer Vertretung in Bern.

## **„Abstimmungs-Special“**

### **Der 12./13. Juni 1999: ein Wochenende der Solidarität !**

Im Juni steht uns ein Abstimmungswochenende mit einer Reihe wichtiger Vorlagen bevor. Dabei ist die Solidarität der Rentnerinnen und Rentner mit der Gesellschaft gefordert.

#### **Mutterschaftsversicherung - nach 50 Jahren ein solidarisches JA**

Das gilt ganz besonders für die Einführung der Mutterschaftsversicherung, die auf Verfassungsebene schon vor mehr als 50 Jahren versprochen wurde, aber bisher immer wieder an der bürgerlichen Verhinderungspolitik gescheitert ist. Auch jetzt sagen bürgerliche Parteien, ja sogar Frauengruppen wieder Nein.

Es ist aber dank dem hartnäckigen Einsatz von Ruth Dreifuss im Bundesrat und unserer Vertreterinnen im Parlament gelungen, endlich eine Vorlage zu schaffen, welche die Mutterschaft als einen Beitrag für die ganze Gesellschaft ernst nimmt. Künftig sollen erwerbstätige Mütter einen Lohnersatz von 80 %, nichterwerbstätige Mütter mit bescheidenem Einkommen eine Grundleistung erhalten.

AHV und Mutterschaftsversicherung gehören zusammen, denn die Kinder von heute finanzieren die Renten von morgen ! Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen und stimmen mit Ueberzeugung JA!

#### **Keine Abschaffung der IV-Viertelsrente**

AHV und IV sind wie siamesische Zwillinge. Allerdings ist die Abstufung der Invalidität, die zu einer Rente berechtigt, sehr grob. Nur wer mehr als zu 2/3 invalid ist, erhält eine Vollrente, ab 50 % eine halbe und ab 40 % eine Viertelsrente.

Nun soll im Rahmen einer Sparvorlage die Viertelsrente gestrichen werden. Dagegen haben sich die Organisationen der Behinderten mit einem Referendum gewehrt. Tatsächlich wären die theoretischen Einsparungen sehr gering, der Nachteil für die Betroffenen aber gross. Darum treten wir mit einem klaren Nein gegen diese verfehlte Vorlage ein.

#### **JA zur ärztlichen Heroinabgabe**

Die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstsüchtige soll so lange weitergeführt werden, bis ein neues Betäubungsmittelgesetz in Kraft tritt. Dagegen hat die rechtskonservative EDU das Referendum lanciert - die gleichen Kreise, die mit ihrer repressiven Initiative „Jugend ohne Drogen“ eine deutliche Abfuhr erlitten haben.

Das Schweizer Volk hat sich bereits zweimal an der Urne für eine ausgewogene Drogenpolitik ausgesprochen. Die ärztliche Abgabe hilft Schwerstsüchtigen, verbessert ihre Gesundheit und schafft erst die Grundlagen für einen Ausstieg aus der Sucht.

#### **Zweimal Nein zur Einschränkung des Asylrechts**

Bereits zum fünften Mal seit den achtziger Jahren soll das Asylgesetz verschärft werden. Jedesmal sprachen Bundesrat und Bürgertum von der Weiterführung der humanitären Tradition, jedesmal haben sie das Asylrecht weiter eingeschränkt.

Jetzt sollen „papierlose“ Asylsuchende abgewiesen werden, obwohl man weiss, dass gerade echte Verfolgte oft keine Papiere mitbringen können, zum Teil, weil sie ihnen - wie jetzt den Flüchtenden aus dem Kosovo - in der Heimat abgenommen werden.

Die Hilfswerke, die SP und die Gewerkschaften lehnen die Revision des Asylgesetzes und des zugehörigen dringlichen Bundesbeschlusses ab, weil sie die Falschen treffen. Das Asylrecht wird in seinem Kern ausgehöhlt, Verfolgte werden um ein ordentliches Verfahren betrogen, der Rest an Humanität, der noch überlebt hat, wird seines Sinnes beraubt. Darum erfordert die Solidarität mit den Schwächsten in unserem Land, ein doppeltes Nein.

## Kanton Zürich:

### Ja zur vollen Verbilligung der Krankenkassenprämien

Unter den Abstimmungsvorlagen im Kanton ist für die Rentnerinnen und Rentner vor allem die Initiative für die volle Verbilligung der Krankenkassenprämien von grosser Bedeutung. Sie will den Kanton verpflichten, die ganzen Bundessubventionen abzuholen und aus eigenen Mitteln zu ergänzen. Damit soll dem Volkswillen, der bei der Annahme der Mehrwertsteuer und des neuen Krankenversicherungsgesetzes zum Ausdruck kam, Nachachtung verschafft werden.

### Die AG Alter schreibt der Regierung

Das neue Steuergesetz bewirkt eine Erhöhung des steuerbaren Einkommens der Rentnerinnen und Rentner, obwohl ihr effektives

Einkommen gleich geblieben ist. Das hat zur Folge, dass auch Sozialleistungen, die an die Steuerzahlen gebunden sind, nicht mehr ausgerichtet oder gekürzt werden. Die AG Alter hat daher den Regierungsrat des Kantons Zürich aufgefordert, die Limiten bei der Prämienverbilligung entsprechend zu erhöhen. Dasselbe fordert sie vom Zürcher Stadtrat hinsichtlich der Altersheimtarife. Ein gleichartiges Schreiben geht an die Sozialvorstände aller zürcherischen Gemeinden, mit der Bitte, vor allem bei Heimtarifen eine Anpassung der Einkommenslimiten vorzunehmen.

Wir bitten unsere Mitglieder, in ihren Wohngemeinden (direkt oder mit Hilfe ihrer SP-Sektion) nachzustossen, damit diese unsozialen Folgen des Steuergesetzes rasch behoben werden.

## Abstimmungsparolen am 12./13. Juni:

### Bund

Mutterschaft	JA
Asylgesetz	NEIN
Dringlicher Bundesbeschluss	NEIN
Heroinabgabe	JA
Viertelsrente IV	NEIN

### Kanton Zürich

Initiative Krankenkassenprämien	JA
Einführungsgesetz (Gegenvorschlag)	NEIN
Revision Kantonsverfassung	JA
Wahl von Lehrpersonen	JA
Mittelschulgesetz	NEIN
Offenlegung Interessen von Richtern	JA
Durchsetzung direkte Demokratie (2 Initiativen)	NEIN

### **Anmeldung für die Arbeitsgemeinschaft Alter**

- Ich möchte Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Alter werden.
- Ich möchte im Wahlkampf für die SP-Seniorinnen- und Seniorenliste aktiv mitarbeiten
  - bei Veranstaltungen in meinem Bezirk
  - bei der Organisation des Wahlkampfes

Name und Vorname:

Adresse:

Jahrgang:

Tel. Nr.

Einsenden an: SP Kanton Zürich, Claudia Balocco, Postfach, 8039 Zürich